

Renate Dillmann

CHINA



VSA

Ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht

Renate Dillmann
China – Ein Lehrstück

Renate Dillmann ist freiberufliche Journalistin. Studium der Politikwissenschaft und Geschichte an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, Promotion (Staatstheorie) an der Fernuniversität Hagen. Seit vielen Jahren außerdem Lehrbeauftragte an der Evangelischen Fachhochschule Bochum, mehrere Forschungsaufenthalte in China.

Renate Dillmann

China

Ein Lehrstück über

- alten und neuen Imperialismus
- einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler
- die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft
- den Aufstieg einer neuen Großmacht

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de



Diesem Buch liegt eine CD-Rom bei, die ergänzende Zitate, Dokumente und Tabellen enthält. Auf sie wird im Text als »Anhang« verwiesen.

Ich danke allen, die mir geholfen haben.

© VSA: Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Těšinská Tiskárna A.G., Czechia

ISBN 978-3-89965-380-9

Inhalt

Vorbemerkung	9
Teil 1	
Der Sozialismus in der Volksrepublik China	13
Kapitel 1: Das Reich der Mitte wird vom Imperialismus »erschlossen«	14
Kapitel 2: Die Kommunistische Partei – Programm und Durchsetzung	33
Kommunismus und Nation	36
Theorie und Praxis	47
Praxis und Theorie	50
Kapitel 3: »Neudemokratische Politik« und der Beginn des sozialistischen Aufbaus	57
Leistungen	63
Beurteilung	66
Kapitel 4: Prinzipien staatlich geplanter Wertproduktion und ihre praktische Umsetzung: Ein Fehler und viele Widersprüche	72
Prinzipien der staatlich geplanten Produktion	75
Zwischenfazit in polemischer Absicht	82
Widersprüche geplanter Wertproduktion	85
Kapitel 5: Der Kampf zweier Linien	94
Kapitel 6:	
Maos Linie: Mit Moral die Massen mobilisieren	100
Lasst hundert Blumen blühen	102
Der Große Sprung nach vorn	111
Die große proletarische Kulturrevolution	123

Kapitel 7:	
Dengs Linie: Mit materiellen Anreizen die Produktivkräfte entwickeln	139
Ursachenforschung	145
Erfordernis der »Modernisierung«: eine funktionierende Partei und ihre Gewalt	148
Kapitel 8: Die Volksrepublik China als sozialistische Großmacht	153
Koreakrieg	155
Bandung-Konferenz: »Prinzipien der friedlichen Koexistenz«	163
Freundschaft und Bruch mit der Sowjetunion	166
Kapitel 9: Kurzer Anhang zum »Maoismus«	175
Maoismus (I): Besonderheiten des »chinesischen Wegs«	176
Maoismus (II): Besonderheiten des chinesischen Sozialismus	176
Die Attraktivität des Maoismus für westeuropäische Linke	178
Teil 2	
Der Kapitalismus in der Volksrepublik China	179
Kapitel 1: Die »neue Linie« ist ein neues System	182
Kapitel 2: Privatisierung der Landwirtschaft	189
Kapitel 3: Öffnung und Sonderwirtschaftszonen: Auslandskapital als Entwicklungshelfer	202
Ursachen eines Ausnahmefalls	208
Kapitel 4: Staatsbetriebe werden privatisiert, neue private Unternehmen entstehen	213
Reform der staatseigenen Unternehmen (I)	214
Gründung von Unternehmen neben dem Plan	215
Unternehmen konkurrieren auf einem freien Markt	217
Reform der staatseigenen Unternehmen (II)	218
Kapitel 5: Chinas neue freie Lohnarbeiter	227
Exkurs: Die »Werkbank der Welt«	232
Arbeiterproteste und Gewerkschaften	235

Kapitel 6: Banken und Börsen; nationaler Haushalt und Geld	242
Börsen und Aktienspekulation	248
Spekulation auf Immobilien	250
Haushaltspolitik und nationales Geld	253
Kapitel 7: Chinas neue Kapitalistenklasse	264
Kapitel 8: Die Widersprüche des »kapitalistischen Experiments« – das Jahr 1989	274
Kapitel 9: Die KP ändert sich und ihren sozialistischen Staat – der neuen Ökonomie zuliebe	290
Demokratie und bürgerliche Staatsgewalt	291
Das Verhältnis von Staat und Partei	295
Rechtsstaatlichkeit	296
Politisches System	302
Politisches Bewusstsein	321
Zur Nationalitätenfrage	333
Kapitel 10: China als kapitalistische Großmacht	342
China klinkt sich in die imperialistische Weltordnung ein	342
China baut sich als neue imperialistische Macht auf	346
Die Weltmacht USA sieht sich herausgefordert	354
China setzt sich gegen das amerikanische Unterordnungsgebot zur Wehr	360
Kapitel 11: Kurzer Anhang zur linken China-Literatur	370
Lehrstück China – ein Fazit	379
Literatur	382
Bildnachweise	389

Häufig verwendete Abkürzungen:

- AS Deng, Xiaoping (1985): Ausgewählte Schriften (1975-1982), 1. Aufl., Beijing.
- BR Liu, Suinian/Wu, Qungan (Hrsg.) (1984): Chinas sozialistische Wirtschaft. Ein Abriss der Geschichte 1949 bis 1984, Beijing.
- CA China aktuell. Journal of Current Chinese Affairs, Hamburg.
- CL Staiger, Brunhild/Friedrich, Stefan/Schütte, Hans-Wilm (Hrsg.) (2003): Das Große China-Lexikon, Darmstadt 2003.
- GS Gegenstandpunkt. Politische Vierteljahresschrift.

Vorbemerkung

Als China im November 2001 in die WTO eintrat, nahm die westliche Öffentlichkeit mehr oder weniger erstaunt zur Kenntnis, dass sich das bevölkerungsreichste Land der Welt, ein ehemals sozialistisches Entwicklungsland, in den letzten Jahren zum sechstgrößten Industriestaat und zu einer respektablen Exportnation gemausert hat. 2009 sind auch solche Mitteilungen schon wieder überholt: China ist inzwischen die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt und wird Deutschland bald als Exportweltmeister abgelöst haben.

Es wird inzwischen viel über China geredet – aber *wie*? Leitender Gesichtspunkt der China-Berichte in der bürgerlichen Öffentlichkeit ist die Frage, was der Aufstieg dieses Landes für »uns« bedeutet. Der Eintritt Chinas in den freien Weltmarkt wird begrüßt und die Öffnung seines Marktes mit 1,3 Milliarden chinesischer Kunden stimmt uns enorm hoffnungsfroh; andererseits droht möglicherweise eine neue »gelbe Gefahr«. Denn dieses Mal tritt China an als kampfstärke wirtschaftliche Konkurrenz, die uns nicht nur mit ihren Dumping-Löhnen Teile des Weltgeschäfts abjagt und unsere Märkte überschwemmt, sondern längst zum organisierten Angriff auf unser Allerheiligstes, das technische Know-how des deutschen Mittelstands, geblasen hat. *Politisch* wiederholt sich die Ambivalenz: Deutschlands politische und ökonomische Elite verspricht sich durchaus einiges von der wieder erstarkten asiatischen Macht und den guten Beziehungen, die sie zu ihr unterhält. Andererseits registriert man in Berlin ebenso wie in Washington, dass man es mit einer zunehmend selbstbewussten Großmacht zu tun hat, die sich nicht so einfach einordnen und für eigene weltpolitische Interessen benutzen lässt. Bestürzt stellt man fest, dass die chinesische Führung eine Ansammlung »immer noch« ziemlich »kommunistischer Betonköpfe« ist, damit befasst, ihrem Volk Demokratie und Menschenrechte und dem Dalai Lama »sein Tibet« zu verweigern. Von der Öffentlichkeit abgeschottet, beschäftigt sie sich mit undurchsichtigen Intrigen und Konkurrenz um die Macht im Land, zu der bisher weder Oppositionelle noch westlich gesponserte NGOs Zutritt bekommen. Dass ihr das bisher ziemlich unangefochten gelingt, nötigt dann umgekehrt schon wieder Respekt ab. Es ist also eine ziemlich üble Mischung von Ignoranz, Feindschaft und Begeisterung, die das Urteil der *bürgerlichen* China-Beobachter kennzeichnet.

Das China-Bild der *links-alternativen Öffentlichkeit* präsentiert sich keineswegs sachlicher. Es ist auf der einen Seite geprägt von sentimental Reminiszenzen an frühere Tage, als man in Mao, die Volkskommunen und die Kulturrevolution eigene

Hoffnungen und Wünsche hineinprojiziert hatte. Demgegenüber stellen sich Linke das heutige China gerne als Ausbund rohester kapitalistischer Verhältnisse vor. Ihre Reportagen und Analysen werden in vielen Fällen von Millionen hungernder Wanderarbeiter bevölkert – fast so, als wäre man in seiner Kapitalismuskritik entwaffnet, wenn es auch in China nach 30 Jahren Marktwirtschaft schon etwas gesitteter zugehe und als gäbe es an Chinas langem Marsch in den Kapitalismus nicht mehr zu erklären. Oder man bleibt einfach stur und schenkt der Kommunistischen Partei und ihren Interpretationen Glauben, denen zufolge sich das Land noch immer auf dem Weg zum Sozialismus befindet – nur dass dieser etwas länger ausfällt als angenommen und kleine kapitalistische Umwege zur Erhöhung der gesellschaftlichen Produktivkraft einschließt.

Das vorliegende Buch stellt sich quer zu solchen Deutungen. Es kritisiert den Sozialismus Mao Zedongs, ohne Partei zu ergreifen für Chinas Übergang zur Marktwirtschaft. Es verfolgt den Aufstieg eines Entwicklungslandes zur kapitalistischen Großmacht, ohne den Fortschritt dieser *Nation* mit dem Wohlergehen des chinesischen *Volks* zu verwechseln. Es konstatiert den Erfolg des modernen China und die Eindämmungsbemühungen der etablierten Weltmächte, ohne in der Auseinandersetzung, die längst begonnen hat, Sympathien für eine der Seiten zu bekunden. Stattdessen beobachtet dieses Buch nicht ohne Ironie, dass sich Marx' Behauptung im »Kommunistischen Manifest« über den Charakter der bourgeoisen Ordnung – »Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen« – gleich mehrfach bewahrheitet. Die alten imperialistischen Mächte öffneten sich den Weg ins Reich der Mitte einst mit ihren Kanonenbooten. Nach Maos Tod haben sich die chinesischen Kommunisten aus nationalen Erwägungen heraus der westlichen Welt angenähert und ihren alternativen sozialistischen Entwicklungsweg Schritt für Schritt verworfen. Im Resultat ist es der westlichen Bourgeoisie also gelungen, »sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde zu schaffen« – ohne kommunistische Ausnahme. Inzwischen macht ihr ausgerechnet dieser Erfolg, das zum Kapitalismus bekehrte China, zu schaffen. Denn »die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie«, mit der die kapitalistisch gewendete Volksrepublik unerbittlich zurückschießt...

Zum Inhalt

Das Buch beginnt mit einem ausführlichen Rückblick auf *Die Sozialistische Volksrepublik China*. Teil I bespricht die gewaltsame Öffnung Chinas durch die imperialistischen Mächte, den damit einhergehenden inneren Zerfall und den langen Bür-

gerkrieg zwischen Guomindang und Kommunistischer Partei. 1949 proklamiert Mao Zedong mit den Worten »Das chinesische Volk hat sich erhoben« die sozialistische Volksrepublik. Ökonomie und Politik des chinesischen Nationalkommunismus werden anhand der Aufbauphase, des ersten Fünf-Jahres-Plans und der großen Massenkampagnen erklärt – und kritisiert. Das Buch analysiert die Prinzipien staatlich geplanter Wertproduktion und deren chinesische Besonderheiten. Es erläutert das Verhältnis zwischen sozialistischer Staatsmacht und ihrem Volk ebenso wie Maos Linie, die »auf die Schöpferkraft der Massen« baut und diese zunehmend für ein ehrgeiziges nationales Aufbauprojekt in Beschlag nimmt. Und es beschäftigt sich mit der Außenpolitik der Volksrepublik, dem Koreakrieg sowie Freundschaft und Bruch mit der Sowjetunion, der den Niedergang des kommunistischen Blocks einläutet: *Nationalismus siegt über den staatsidealistischen Sozialismus der Kommunistischen Partei.*

Teil II über *Die kapitalistische Volksrepublik China* erklärt, was China im eigenen Land politökonomisch auf die Tagesordnung gesetzt hat, als es sich 1978 entschloss, in den Weltmarkt einzutreten, um ab da mit Hilfe kapitalistischer Methoden und ausländischer Investitionen seinen Aufstieg zur Großmacht zu bewerkstelligen. Die gesamte Ökonomie mit all ihren Einrichtungen und samt ihrem lebendigen Inventar wird Schritt für Schritt einer neuen Maxime unterworfen: Alle müssen und dürfen, befreit von der Bevormundung durch Kollektiv und Plan, Geld und Weltgeld verdienen. Das scheidet die egalitäre chinesische Gesellschaft in Klassen. Es wird analysiert, wie Chinas »Systemtransformation« im Einzelnen vor sich gegangen ist, zu welchen Phänomenen und Resultaten sie es ökonomisch gebracht hat und welche Konsequenzen das für die chinesische Gesellschaft, ihren sozialistischen Staat und die Kommunistische Partei hat: *Die Kommunistische Partei Chinas setzt eine »ursprüngliche Akkumulation« ins Werk.*

Aus den ökonomischen Erfolgen, die es in den beiden letzten Jahrzehnten als Kapitalstandort erzielt hat, leitet China inzwischen den Anspruch ab, seinerseits alle möglichen Länder als Rohstofflieferanten und Exportmärkte zu benutzen – und nicht nur das: China ist eingestiegen in die strategische Konkurrenz um den globalen Gewalthaushalt.

Das letzte Kapitel von Teil II behandelt die Außenpolitik der Volksrepublik und die Eindämmungspolitik, die nicht nur die USA den chinesischen Ambitionen entgegensetzen. Das weltpolitische Novum dieser kriegsträchtigen Konkurrenz, die gerade ihre Anfangsjahre erlebt, liegt darin, dass die beiden Hauptkontrahenten »in Zeiten der Globalisierung« ökonomisch voneinander leben: *China will Weltmacht werden.*

Kapitel 11

Kurzer Anhang zur linken China-Literatur

Ist das moderne China schon kapitalistisch? Oder – entgegen dem ersten Anschein – doch noch sozialistisch? Ist es heute vielleicht sogar der brutalste kapitalistische Staat? Oder doch so etwas wie eine alternative Kraft, die das internationale Kräfteverhältnis hin zum Guten beeinflusst? Ist ein demokratisches China denkbar? Wird dann mehr Rücksicht auf das Volk genommen? Oder kann und muss man auf einen Aufruhr der chinesischen Arbeiter hoffen? Diese Art Fragen werden in linken Diskussionen oder Schriften mit Vorliebe gewälzt. Dass damit Antworten prädestiniert sind, die sich auf einem Feld subjektiver Einschätzungen und Bewertungen bewegen, ist klar, stört aber nicht. Denn genau darum geht es: Man will darüber reden, ob das große asiatische Land mit seinen vehementen Veränderungen so etwas wie ein Hoffnungsträger ist – in der ein oder anderen Weise.

Das war zwar auch in Maos Zeiten schon einmal so. Damals ging es den linken Freunden des chinesischen Kommunismus darum, unter Verweis auf die praktischen Erfolge eines Staates die Massen im Westen zu gewinnen, mit denen man sich im Prinzip schon herzlich einig wähnte. Eine wirkliche Revolution und eine real existierende kommunistische Macht sollten dabei der eigenen Ohnmacht hilfreich zur Seite springen. Entsprechend hat man sich die Volksrepublik zurechtfantasiert. Um eine Erklärung von Theorie und Praxis der maoistischen Variante und eigene Schlussfolgerungen daraus ging es den wenigsten; stattdessen wurde alles verfabelt, von stetigen Siegen in Volkskommunen und Fabriken war die Rede, die Kulturrevolution wurde zur spannenden demokratischen Basisbewegung erklärt ...

Immerhin sollte dieser Unfug den Erfolg eines damals durchaus existierenden linken Aufbruchs beschleunigen. Von »der Bewegung« dieser Zeit hat nicht viel überlebt. Aber eines scheint doch sehr zählebig zu sein: Das Bedürfnis, die guten oder schlechten Bedingungen zu reflektieren, mit denen es »die sozialistische Sache« zu tun kriegt – obwohl (oder gerade weil?) diese selbst nur noch in Spurenelementen vorhanden ist. Mit ihren Diskussionen über »die Lage« in China tun hiesige Linke jedenfalls (immer noch) gerne so, als wären sie dabei in einer irgendwie relevanten Praxis¹²⁴ – egal, ob man die im Politbüro der chinesischen Regierungskommunisten ansiedelt oder bei der Versammlung von Streikwilligen in Guangzhou.

¹²⁴ Ganz ähnlich wird momentan mit dem Chavez-Projekt in Venezuela verfahren. Vgl. GS 1/2007: »Linksruck in Lateinamerika« – Venezuelas Aufstand im Hinterhof der USA.

Drei große Strömungen lassen sich dabei unterscheiden: Erstens eine Kritik, die die chinesische Politik vor große Aufgaben gestellt sieht – wie immer man sich die im Einzelnen vorstellt – und ihr massive Defizite bei deren Bewältigung vorrechnet. Ob man dabei auf die regierenden Kommunisten setzt und sie für fähig hält, die »nötigen Reformen« auf lange Sicht zu bewältigen, oder ob man die herrschende Klasse des Landes als durch und durch korrumpiert, machtversessen und so uneinsichtig erklärt, dass nur ihre Ablösung helfen kann, sind zwei mögliche Konsequenzen, die sich letztlich aus demselben Idealismus guter Politik ableiten. Zweitens die Auffassung, dass in China noch immer eine sozialistische oder wenigstens in Ansätzen eine weltpolitische Alternative an der Macht ist. Und drittens die Hoffnung, dass das asiatische Land bereits jetzt oder demnächst das Zentrum sozialen Widerstands darstellt. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sollen nun exemplarisch einige Vertreter dieser Positionen vorgestellt werden.

Viele Linke sind enttäuscht über die Volksrepublik, die in ihren Augen an ihren Arbeitern und Bauern, vor allem aber an der sozialistischen Idee Verrat übt. Oft zeugt das von einer Vielzahl interessierter und falscher Anschauungen über *Maos* China – der erste Teil dieses Buchs bemüht sich um Richtigstellungen in dieser Frage. In der Enttäuschung über eine chinesische Regierung, die Armut und Ungleichheit in ihrem Land zulässt, kommt in den allermeisten Fällen zugleich der feste Glaube an eine eigentlich gute Herrschaft zum Ausdruck. Diese soll möglichst gleichzeitig eine »Modernisierung« vollbringen – eine Rückkehr zum maoistischen Sozialismus mögen sich die wenigsten vorstellen – und all das vermeiden, was an China unangenehm auffällt: Die Entstehung sozialer Klassen, Korruption, Umweltzerstörung, staatliche Unterdrückung. Dabei wird der Zweck der ökonomischen Transformation – im Land wird das Regime kapitalistischer Profitproduktion eingeführt, diese »ursprüngliche Akkumulation« ist in jeder Hinsicht ein Gewaltakt – gar nicht wirklich zur Kenntnis genommen. Man fasst ihn vielmehr in sehr wohlwollende Abstraktionen (»Modernisierung«, »Entwicklung«, »Reform«) und kritisiert dann von daher alle angeblich gar nicht nötigen Bedingungen und Wirkungen. Die Denkfikur ist also im Grunde schlicht, weit verbreitet und auch hierzulande gut bekannt: Man trennt zwischen imaginierten guten Absichten oder auch tatsächlichen Erfolgen und schlechten Konsequenzen, die keiner gewollt haben soll. Unterschiede liegen dann in der Einschätzung, ob man den chinesischen Regierungskommunisten die Verwirklichung der eigenen Wünsche zutraut oder sie für unbelehrbar hält.

Hyekyung Cho hat ein informatives Buch über »Chinas langen Marsch in den Kapitalismus« geschrieben, in dem sie sich kenntnisreich durch viele Einzelfragen (Fiskalpolitik, WTO-Beitritt, das Verhältnis des Zentralstaats zu seinen Regi-

onen und Provinzen) kämpft. Zusammenfassend lobt sie die Volksrepublik für ihr »Wachstum und ihre industrielle Entwicklung« und tadelt sie für deren soziale Folgen; sie sieht die »strahlenden Zukunftsaussichten in der boomenden Exportwirtschaft (...) gepaart mit der Aussichtslosigkeit in der Beschäftigungskrise, welche die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößert« (2005: 286ff.). Sie kritisiert den chinesischen Kapitalismus also nach dem Motto »gute Seiten, schlechte Seiten«. Dass und wie beide Seiten zusammengehören, dass bleibende existentielle und relativ zum Reichtum sich vergrößernde Armut in einer Marktwirtschaft das Mittel des Reichwerdens ist, nimmt sie nicht zur Kenntnis – vielleicht, weil sie am Ziel der »Entwicklung« des chinesischen Staats und seines nachholenden Aufstiegs in der Welt nichts auszusetzen hat.

Qinglian He hat 1997 eine umfassende Kritik ihres Landes geliefert: »China in der Modernisierungsfalle« (2006). Darin prangert sie die Enteignung chinesischen Volksvermögens an, das ungerechtfertigte Reichwerden von Immobilienspekulanten, Korruption und illegale Wirtschaftsaktivitäten – und spricht damit sicher vielen chinesischen Patrioten/Kommunisten aus dem Herzen. Ihre mit unzähligen Beispielen gespickte Dokumentation des chinesischen Übergangs vom Sozialismus zum Kapitalismus fasst sie mit Marx' Begriff einer »ursprünglichen Akkumulation« zusammen. Marx meint damit die Phase einer ersten, »ursprünglichen« Enteignung aller von ihren Subsistenzmitteln und Aneignung von Geldvermögen, die ihre kongeniale Fortsetzung in der Subsumtion der gesamten Gesellschaft unter das Prinzip der Kapitalakkumulation findet. *Qinglian He* trennt nun diese beiden notwendig zusammengehörenden Phänomene. Während sie die zitierten Erscheinungen der ursprünglichen Akkumulation, die den besonderen Weg einer realsozialistischen Gesellschaft in den Kapitalismus begleiten, für unnötige Auswüchse hält und den regierenden Kommunisten darin Versagen vorwirft, begreift sie die kapitalistische Akkumulation als eine sinnvolle und nötige Fortsetzung des chinesischen Sozialismus: »Die Reformen (...) hatten sich die erfolgreichen Erfahrungen der ›vier kleinen Drachen‹ – Hongkong, Taiwan, Singapur und Südkorea – sowie der USA, Japans und Europas zum Vorbild genommen, gegenüber dem Ausland nahm man eine bescheidene und offene Haltung ein, um seine Bereitschaft zu demonstrieren, von den Vorteilen des westlichen demokratischen Systems zu lernen« (2006: 32). Sie unterscheidet deshalb in der Folge zwischen einer anständigen, »ethischen« Profitproduktion, die sie in Amerika und Europa vorgefunden haben will, und dem wilden, ungezügelter Kapitalismus ihres Heimatlandes, den die Regierung ab 1989 zugelassen und der erst mit der endgültigen Ablehnung aller politischen Reformen begonnen haben soll. Auf die zugrunde liegende Gemeinsamkeit des Prinzips privater Bereicherung will sie ab da nicht mehr schließen.

In Bezug auf die politische Klasse ihres Landes gibt sich diese Autorin desillusioniert. Die nötige Regulierung des kapitalistischen Systems traut sie den »zur Korruption neigenden« chinesischen Regierungskommunisten nicht zu. Ebenso wenig Hoffnung setzt sie ins chinesische Volk. Dieses warte, durch Jahrtausende kaiserlicher und kommunistischer Herrschaft jedes Freiheitswillens entwöhnt, immer nur darauf, dass sich seine Herren bessern und es anständiger behandeln. Kein Wunder also, dass Qinglian He, deren Buch im Land selbst, auch innerhalb der KP, eine gewisse Zustimmung fand und dann verboten wurde, Unterstützung inzwischen im westlichen Ausland sucht. Von hier, wo sie sowohl den Kapitalismus wie die politische Behandlung des Volks summa summarum in Ordnung findet, soll das Heil für China kommen. Kein Wunder also auch, dass die Bundeszentrale für politische Bildung da einmal über ihren Schatten springt und ein Buch veröffentlicht, dessen Position in etwa der von ihr ansonsten nicht gerade geförderten deutschen Linkspartei entspricht. Als Kronzeugen gegen unliebsame Staaten sind sogar Linke noch zu gebrauchen ...

Seit 1990 hat man »als Linker« den durch nichts und niemanden mehr angefochtenen Sieg des Kapitalismus auf der ganzen Welt zu verdauen. Das Bedürfnis, in der trostlosen Welt von Kapitalismus und Imperialismus Kräfte und Ansätze einer Gegenmacht zu finden, auf die man sich beziehen und an die man sich zumindest ideell anhängen kann, bringt allerdings Differenzierungskünste hervor, mit denen man allerhand anders aussehen lassen kann als der »mainstream«. Dass sich China »verändert« hat, ist das eine – und da gibt es sicher auch vieles, was aus Sicht linker Autoren abzulehnen ist. Andererseits stellt das große asiatische Land die »unipolare Weltordnung« des amerikanischen Oberimperialisten doch ein wenig infrage, was alleine dadurch bewiesen ist, dass Amerika sich über Chinas Erfolge keineswegs vorbehaltlos freut. Dass Störung wie (bedingte) Gegnerschaft der USA gerade dem Aufstieg Chinas als neuer kapitalistischer und zunehmend imperialistischer Staat entspringen, ist demgegenüber vernachlässigenswert: In China zeigt sich »irgendwie schon« eine alternative Weltordnungsmacht – wer wollte das bestreiten?

Theodor Bergmann (»Rotes China im 21. Jahrhundert«, 2004) radikalisiert diese Gegenposition. Er bleibt dabei: »China ist auf dem langen Weg eines riesigen Entwicklungslandes zum Sozialismus« (Vorwort). China ist und bleibt für ihn Hoffnungsträger aller standhaften Linken, indem er schlicht und einfach die Position der chinesischen Reformfraktion und ihre ideologische Sicht der Dinge übernimmt. Die Reformer haben nach Maos voluntaristischen Kampagnen, die die objektiven Gesetzmäßigkeiten der politischen Ökonomie missachtet und das Volk überfordert haben, zum Glück endlich das »schein(!)marxistische(!) Tabu(!), dass

sich Plan und Markt gegenseitig ausschließen« (ebd. 14) gebrochen und auch der »nicht mehr nötigen« Abkapselung vom Weltmarkt ein Ende bereitet. Weil sich die chinesische KP im Unterschied zur sowjetischen dabei nicht selbst aus dem Verkehr gezogen hat und weiter offen zum Sozialismus und seinen Endzielen bekennt, kann sich jetzt ein gestandener deutscher Kommunist – ebenso prinzipientreu wie ignorant – endlich darüber freuen, einmal einen richtig erfolgreichen Staat auf seiner Seite zu haben.

Helmut Peters (»Auf der Suche nach der Furt. Die VR China aus dem Mittelalter zum Sozialismus«, 2009) hat sich zwar eine zumindest formelle Ahnung davon bewahrt, dass Plan und Markt einen gewissen Widerspruch beinhalten und übert angesichts der *Konsequenzen* (»alles, einschließlich der Arbeitskraft (wird) zur Ware«, »unerbittliche Konkurrenz«, »soziale Polarisierung«, ebd. 412) kritische Vorbehalte gegen die Linie der chinesischen Genossen. Der Gedanke, dass für ein im Grunde mittelalterlich-rückständiges Land *jede* Entwicklung seiner *Produktivkräfte* ein lobenswerter Fortschritt ist, ist für ihn allerdings ein weiteres Mal derart attraktiv, dass er vieles erschlägt, was Peters als Wirkung der *kapitalistischen* Indienstnahme der besagten Produktivkräfte durchaus auffällt. Zudem ist er ein wahrer Meister darin, die chinesische Politik dort, wo sie ihm gefällt, als Resultat objektiver Gesetzmäßigkeiten zu interpretieren, die zu einem großen Teil gar nichts anderes *zugelassen* hätten als eben das, was man in Beijing *beschlossen* hat. »Die KP Chinas steht vor Aufgaben, die unter ›normalen‹ Bedingungen die Bourgeoisie zu lösen hätte. Sie kann diese Aufgaben unter den gegebenen Bedingungen jedoch nur lösen und damit die allgemeinen Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus nur schaffen, indem sie das Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise, das Kapital, und seine Triebkräfte als hauptsächlichliches ›Antriebszentrum‹ nutzt.« (ebd. 26) Dass die kommunistische VR sich – in noch ganz anderem Maßstab als die Sowjetunion und ihr Block – westliche Technik und westliches Kapital ins Land geholt haben, ist für ihn also ebenso notwendig wie ihr Streben danach, zu einer »allseits gestärkten Weltmacht« aufzusteigen. Für ihn gibt es da kein erklärendes nationales *Interesse*; vom Standpunkt alternativ-sozialistischer correctness geht das einfach in Ordnung: »Ich halte die Orientierung, für eine beschleunigte Stärkung des Landes alle nationalen Kräfte zu mobilisieren, für richtig, um unter allen denkbaren künftigen Umständen die Sicherheit und die Unabhängigkeit des Landes gewährleisten zu können.« (ebd. 469) Weil sich Peters im Grundsatz ungemein einig weiß mit dem chinesischen Staat und ihm seine Behauptung, hier würde nach wie vor der Sozialismus entwickelt, eisern glaubt, sucht er die Ursache für irgendwie nicht ganz so erfreuliche »Neben«wirkungen bei einzelnen Personen und störenden Tendenzen. Der Regierung Jiang Zemin sagt er im

Unterschied zu ihren Vorgängern Deng Xiaoping und Nachfolgern Hu Jintao neo-liberales Denken nach – und das soll (mehr jedenfalls als der grundsätzliche Entschluss, marktwirtschaftliches Rechnen zuzulassen) verantwortlich dafür sein, was China bis heute an prekären Lohnverhältnissen und sozialer Ungleichheit zustande gebracht hat. Dagegen erklärt er die momentan regierende Riege um Hu Jintao ausgerechnet unter Berufung auf ihre *abstraktesten* Verlautbarungen – »der Mensch ist das Wesentliche« (ebd. 510) und das Ziel einer »harmonischen Gesellschaft« – zu politischen Sympathieträgern. Dass und wie diese aktuelle chinesische Politik die Resultate des bisherigen Umbauprozesses verwaltet, um dessen staatsnützlichen Fortgang möglichst störungsfrei zu gewährleisten, ist demgegenüber uninteressant. Unterm Strich bewahrt sich Peters eine hoffnungsfrohe Perspektive: »Die heutige chinesische Gesellschaft ist weder bereits (!) sozialistisch noch im herkömmlichen Sinn bürgerlich. Sie trägt einen Übergangscharakter.« (Peters 2008: 26) Da ist ja noch alles drin!

Giovanni Arrighi (»Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts«, 2008) betrachtet China im Rahmen einer wahrhaft globalen Fragestellung. Sie lautet in etwa: Warum ist welcher Staat zur kapitalistischen Führungsmacht aufgestiegen? Um diese Frage zu beantworten, macht Arrighi, marxistischer Soziologe aus Baltimore, einen interessanten und lesenswerten Durchgang durch die historischen Etappen, von Genua als erstem kapitalistischem Handelszentrum über Holland und England bis hin zu den USA, wobei er in allen Fällen den Zusammenhang von ökonomischer und gewaltmäßiger Durchsetzung betont. Die von ihm vorgestellte »Gesetzmäßigkeit«: Unter kapitalistischen Konkurrenzverhältnissen hat derjenige Staat die Nase vorn, der es schafft, die jeweils größte nationale Akkumulation zu beaufsichtigen – sei es in Form eigener Fabriken, mit Hilfe von Kolonien oder globalem Kapitalexport. Militärische Gewalt ist dabei als Produktivkraft der ökonomischen Entfaltung verortet (und ihrerseits umgekehrt abhängig vom ökonomischen Erfolg). Seit China und sein kapitalistischer Aufstieg ins Spiel kommen, beginnt sich bei den USA ökonomisches und militärisches Potenzial zu trennen – in Arrighis Gesetzmäßigkeit weitergedacht wird der Newcomer daher die Vereinigten Staaten ablösen, wenn seine Regierung ihr großes Land und ihr riesiges Volk gänzlich zur Ressource für kapitalistische Akkumulation machen kann.

Dieser Gedankengang wird begleitet von einem zweiten, dem das Buch seinen Titel verdankt: »Adam Smith in Beijing«. Arrighi will eine Ehrenrettung von Adam Smith, indem er ihn von der Zuschreibung befreit, »neoliberaler« Politökonom zu sein. Er will Smith sowohl als Wert- wie als Staatstheoretiker mehr als Vordenker von Marx handeln. Smith habe – »invisible hand« hin oder her – die ordnende Hand des Staates in jeder Hinsicht für eine elementare Grundbedingung einer funktio-

nierenden Marktwirtschaft gehalten, die ihrerseits auch weniger den Zweck haben sollte, Privatleute als vielmehr den Staat reich zu machen (»Wealth of Nations« war der Titel von Adam Smith' Hauptwerk). Nun werden die beiden Argumentationsstränge kombiniert: Chinas Kommunisten machen sich nach Arrighi die Ratschläge von Adam Smith zu eigen, ziehen ihren Kapitalismus nicht neoliberal auf wie inzwischen die kapitalistischen Hauptnationen, sondern staatlich geregelt und immer auf den Nutzen eines größeren Ganzen, der Nation, bezogen; das begründet ihren Erfolg.

Arrighi steht in seiner Argumentation ideell über allen Staaten, die sich in ihrer globalen Konkurrenz abmühen. Er verteilt Ratschläge sowohl an die schwächelnde Weltführungsmacht, die sich re-industrialisieren müsse, wie an die aufsteigenden Chinesen, die ihre Ambitionen noch durch ein paar Reformen untermauern sollten. Sein Kerngedanke: Der Neoliberalismus scheitert gerade – staatlich regulierter Kapitalismus ist sowohl fürs Volk besser wie wirtschaftlich erfolgreicher. Ein bisschen klingt das wie eine zeitgemäße Neuauflage der Systemkonkurrenz, wie sie die alten Sozialisten mit ihren vorbildlichen Staatswesen vor Augen hatten. Auf alle Fälle beschert Arrighi den Globalisierungsgegnern einen inneren Triumph: Von ihren bürgerlichen Gegnern werden sie normalerweise als Utopisten gehandelt, die an den Notwendigkeiten nationaler Standortpolitik in Zeiten globalisierter Konkurrenz völlig vorbeisehen und -reden. Nun bescheinigt ihnen ein Wissenschaftler, dass eine anständige Staatsgewalt nicht nur die Belange des Volks und der Umwelt besser verwalten, sondern dabei auch noch weltweiten Erfolg einheimen kann ...

Joachim Bischoff (»Neoliberalismus in China!? Oder ›Sozialistische Marktwirtschaft‹«, 2007) bemängelt, dass sich die linke Diskussion über China entweder mit dem Austausch oberflächlicher Klischees (»Brutalkapitalismus«, »Neoliberalismus«) zufriedengibt oder dem Land unkritisch das Prädikat »Sozialismus mit chinesischem Antlitz« zugesteht. Beides lehnt er zu Recht ab – seine Argumentation dagegen ist allerdings schwach und seine eigene Abhandlung des chinesischen Transformationsprozesses bleibt widersprüchlich und mit dem bloßen Hinweis auf viele Phänomene oberflächlich. Denjenigen, die China als neuen kapitalistischen Staat kritisieren, hält Bischoff dessen Erfolge und Leistungen entgegen – vom »Zurückdrängen der Armut«, bescheinigt von der Weltbank persönlich, über »bemerkenswerte« Wachstumserfolge (doppelt so hoch wie Indien!) bis hin zu der schieren Zahl von Firmengründungen – so als müsse das einfach jeden beeindrucken. Bei *ihm* ist das anscheinend so sehr der Fall, dass er sich anschließend überhaupt nicht mehr vorzustellen vermag, dass Armut auf einem »anderen wirtschaftspolitischen Weg« aus der Welt zu schaffen ist – das soll sich die weltfremde Linke erst einmal hinter die Ohren schreiben! Gut also, dass China sich die Markt-

wirtschaft ins Land geholt hat, gut aber auch, dass es sie »sozialistisch reguliert«: »Die faktische Pluralität von Eigentumsverhältnissen unter der Hegemonie des Gesellschaftseigentums ermöglicht eine größere Offenheit von Förderungs- und Entwicklungsmöglichkeiten im Gesamtproduktionsprozess.« (ebd. 34) Andererseits: »Unbestreitbar sind im politischen Bereich Reformen überfällig.« (ebd. 33) Warum? Wieso? Woher weiß Bischoff das? Den Zusammenhang von ökonomischem Erfolg des kapitalistisch gewendeten China und seiner »autoritären« Partei kennt er zwar auch – nichts anderes ist schließlich die »sozialistische Regulation«, die er gerade gelobt hat. Aber in diesem Kontext vergisst er das ganz schnell wieder, um mit dem mainstream dem chinesischen Projekt und seinen Freunden vorzuwerfen, dass es vor allem deshalb zu wünschen lässt, weil es *politisch* in Sachen *Demokratie* hinterherhinkt. Den krönenden Abschluss bildet eine kleine Vision, die einerseits viel über die (absichtsvolle?) Weltfremdheit des Autors verrät: »Bis Mitte des 21. Jahrhunderts (also zum Jahrestag der Gründung der Volksrepublik im Jahr 2049) sollen die ökonomisch-sozialen Grundlagen für den Übergang in eine weitere Entwicklungsetappe erreicht sein. Kann die bisherige Akkumulationsdynamik für die nächsten Jahre fortgeschrieben werden, dürfte bis dahin die in die Agrikultur eingebundene Bevölkerung – ähnlich wie in den kapitalistischen Hauptländern – auf unter 5% herabgedrückt worden sein. In der Überflussökonomie steht damit (!) die Reduktion der gesellschaftlichen Arbeitszeiten und die Expansion sozialkultureller Dienstleistungen auf der Tagesordnung.« (ebd. 35) Andererseits liegt Bischoff damit nämlich ganz auf Linie. Egal, wie schön sich alles in China auch anlässt, »ist die Vorstellung absurd, dass bis dahin die gegenwärtigen Machtstrukturen einfach fortgeschrieben werden können.« (ebd. 35)

Im Unterschied zu diesen Positionen, die ihre Hoffnungen auf Chinas Führung richten – ob als reformbedürftige kapitalistische oder bereits zu Hoffnungen berechtigte alternative Macht – setzen viele Linke auf den sozialen Widerstand von unten. In den chinesischen Sonderwirtschaftszonen, wo der Weltkapitalismus seine hässliche Fratze ganz ungebremst von den hierzulande schon erkämpften staatlichen Reglementierungen zeige, wo die Arbeiterschaft wie zu Zeiten von Marx und Engels »absolut« ausgebeutet werde und rechtlos in ihrem Elend dahinvegetiere, müsse sich doch einfach »etwas tun«. Gewerkschafter, die von ihren Unternehmensführungen mit der chinesischen Waffe (Produktionsauslagerung nach Fernost) bei Forderungen nach mehr Lohn oder weniger Arbeitszeit diszipliniert werden, hoffen darauf, dass sich chinesische Arbeiter organisieren und zur Wehr setzen. Entsprechend finden sich im *labournet* und in anderen linken Zeitschriften Dokumentationen, die einerseits die Verhältnisse in Chinas Fabriken porträtieren, andererseits

von allen Formen spontaner und organisierter Gegenwehr berichten. Wie immer sprechen die Berichte allerdings nicht einfach für sich. Weder ist es damit getan, die zum Himmel stinkende Behandlung von Menschen in Schilderungen und Interviews »konkret« werden zu lassen – die richtigen *Schlussfolgerungen* verstehen sich nämlich keineswegs von selbst und auf christliches Mitleid können die betroffenen Chinesen vermutlich gut und gerne verzichten. Noch ist viel damit gewonnen, dass sich »etwas« tut. Wenn aus der Brutalität chinesischer Arbeitsbedingungen die Konsequenz abgeleitet wird, dass es auch dort an den entsprechenden Rechten fehlt, wie sie sich die Arbeiter hier mühselig erkämpft haben, wird die Geschichte der Arbeiterbewegung ein weiteres Mal nur um einen *Fehler* bereichert: Das Lohnarbeitsverhältnis soll durch Staatsintervention erträglich gemacht werden, statt es abzuschaffen.

Gewerkschafter schauen ganz parallel zu ihren Unternehmensleitungen nach China. Sie erkennen in den brutalen Verhältnissen in den Fabriken der Sonderwirtschaftszonen weniger den hier wie dort identischen ökonomischen *Zweck*, sondern vor allem das, was *nicht* da ist: Sozialstaatlich geregelte Ausbeutung und eine Gewerkschaft, wie sie sie gewohnt sind (vgl. die Berichte einer Studienreise »Arbeitswelten in China« im Anhang). Über diese Betrachtung kommt bei ihnen (die zu Hause oft durchaus im Clinch mit dem DGB und seiner Politik liegen) zunächst einmal ein dickes Kompliment für den gepflegt-humanen Spätkapitalismus der deutschen Heimat und seine schwarz-rot-goldene Gewerkschaft zustande. Zudem erhoffen sie sich von einer Gewerkschaftsneugründung in China Rettung für ihr hierzulande im Sturzflug befindliches Anliegen. Entsprechende Arbeiteraktivitäten dort halten sie für enorm wichtig und notwendig, weil die chinesischen Dumpinglöhne ihre Arbeit in Deutschland angeblich erschweren bzw. unmöglich machen. Diese Sichtweise ist ebenso bemerkenswert wie die Schlussfolgerungen. Schließlich haben insbesondere die deutschen Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten mit ihrer gegenüber den Bedürfnissen des Standorts verantwortungsbewussten Lohnpolitik und ihrem politischen Antikommunismus einiges zum finalen Erfolg des Westens im Kalten Krieg beigetragen. Dessen Resultate – die flächendeckende Benutzung der Welt durch das globalisierte Kapital – schlagen nun auf sie zurück, in Form unternehmerischer Erpressungen, die permanent verschlechterte Arbeitsbedingungen nach sich ziehen. Jetzt verlangen sie von den chinesischen Arbeitern, dass *diese* die Kämpfe führen sollen, die *sie* hier nicht führen wollten und jetzt angeblich nicht mehr führen können.

Lehrstück China – ein Fazit

Die *bürgerliche Öffentlichkeit* lernt an China ein weiteres Mal, was sie bereits wusste und woran auch dieses Buch mit seinen Bemühungen wenig ändern wird: Kapitalismus und Imperialismus sind das Ende der Geschichte. Wie beim europäischen Ostblock steht die kapitalistische Wende des Landes dafür, dass Sozialismus *nicht geht*. Selbst diejenigen, die diese Utopie mit aller Kraft Realität werden lassen wollten, haben es schließlich eingesehen. Wer also heute noch so denkt, ist endgültig »ewig gestrig« oder »unrealistisch«. Maos Staat, der moralische Besserwisser von gestern, macht es inzwischen so wie alle anderen auch – er hat seine glitzernden Reichen und seine Mitleid erregenden Armen, er braucht die entsprechenden Gesetze und begeht dieselben Sauerereien in Afrika und gegen seine Umwelt. All das ist vielleicht nicht immer schön, aber schlicht und einfach *normal*.

Das muss man auch deshalb dauernd sagen, um alle Stimmen zu blamieren, die noch irgendetwas an den Utopien der Vergangenheit hochhalten. Zugleich schaffen sich die Parteigänger dieser Verhältnisse damit eine feste Absprungbasis für ein paar Vorwürfe ganz anderer Art. Man lobt zwar *das Land* dafür, auf den richtigen Pfad zurückgefunden zu haben – für die *Kommunistische Partei* soll das allerdings keineswegs gelten, obwohl das moderne China in jeder Hinsicht *ihr* Werk ist. Weil man in China den ernsthaften Kontrahenten von morgen erblickt und weiß, dass der Aufstieg dieser Nation wesentlich von der unbestrittenen Macht seiner staatstragenden Partei abhängt, nimmt man diese ins Visier. Was die westlichen Politiker mit ihren Mitteln praktisch angehen, flankiert die bürgerliche Öffentlichkeit geistig. Lobenswertes finden sie in der Volksrepublik prinzipiell getrennt und im Gegensatz zur KP, umgekehrt soll aus ihr definitiv alles Hässliche und alle Gewalt entspringen. Westliche Journalisten erschauern, wenn sie Woche für Woche über Exzesse schlimmster Ausbeutung, eine verächtliche Behandlung des Volks und Rücksichtslosigkeiten gegen die Umwelt berichten müssen – so also wären ihnen diese Tatbestände aus ihren Heimatländern nicht bestens bekannt. In China steht all das nicht für Kapitalismus und seine staatliche Benutzung und auch nicht für die brutalen Konsequenzen, die die Einführung dieser Produktionsweise in eine bisher anders geartete Ökonomie hat, sondern allein für den *maßlosen Ehrgeiz* einer *machtversessenen Partei*. So konstruiert man sich schon jetzt ein *Feindbild*, das künftig mit Sicherheit gebraucht und vielseitig verwendbar sein wird: Was an China stört, sind eben immer noch die Kommunisten und die viel zu große Macht, über die sie verfügen. Tibet, Menschenrechte und Demokratie sind (vorläufig) die passenden Antworten, um das im westlichen Interesse zu ändern.

Die wenigen *linken Stimmen* wiederholen am China von heute vor allem ihre Fehler von gestern. Mitten in einer Welt kapitalistischer Konkurrenten wollen sie doch Gute und Böse, Soziale und Unsoziale kennen und trennen. Das Resultat ist ein großes Konglomerat an *Einschätzungen*. Mal ist die Volksrepublik der antihegemoniale Hoffnungsträger im internationalen Kräfteressen, mal ein durch demokratisch-sozialstaatliche Fortschritte zu verbesserndes Staatswesen, mal das zukünftige Zentrum gewerkschaftlicher Arbeit. Bis auf wenige Ausnahmen *teilen* sie dabei die westlichen Forderungen nach mehr Demokratie, Menschenrechten und einer besseren Behandlung nationaler Minderheiten, denken sich darunter allerdings etwas anderes als ihre bürgerlichen Kontrahenten. Während letztere mit dem Einsatz dieser Waffen auf eine praktische *Schwächung* der kommunistischen Machthaber zielen, hören die Linken nur die ideologischen Überhöhungen heraus und nehmen diese für bare Münze. Sie stellen sich vor, dass demokratisch gewählte Politiker mehr Rücksicht auf ihr Volk und seine sozialen Belange nehmen müssen, dass eine respektvolle Behandlung nationaler Minderheiten den Rassismus aus der Welt schafft und dass Menschenrechte für ein gedeihliches Miteinander zwischen Staaten und ihren Bürgern sorgen. Dass bei alledem eine Ökonomie mit entsprechenden materiellen Schäden für die Produzenten und ein Herrschaftsverhältnis mit zugehöriger Gewalt *unterstellt* ist, bevor dann alles reguliert, gezügelt oder menschengemäßer gemacht wird, stört sie heute so wenig wie gestern. Eines aber haben die heutigen Linken im Unterschied zu denen der Mao-Zeit doch gelernt: Die Selbstrevision der ehemals sozialistischen Gegenentwürfe hat sie in ihren Utopien »realistisch« gemacht. Der globalisierte Kapitalismus und seine nationalstaatliche Betreuung sind *verbesserbar*, eine andere Welt *ganz ohne Revolution* möglich – mehr will der linke mainstream »dem System« heute nicht mehr entgegensetzen. Dummerweise ist aber selbst dieser gewollte *Realismus* der von der Geschichte belehrten Linken ziemlich *illusionär*, weil er die wirklichen ökonomischen und politischen Interessen und die ihnen eigenen Gesetzmäßigkeiten gar nicht zur Kenntnis nimmt.

Was *könnte* man aus der Analyse der sozialistischen Geschichte und kapitalistischen Gegenwart Chinas lernen?

1. Die beiden gravierenden »Mängel« der alten Sozialisten sind ihr staatsidealistischer Nationalismus und ihr Wertfetischismus.

Die Lehre daraus: Eine sozialistische Gesellschaft, die den Staat als rettende Instanz einer *gerechten Wertproduktion* reorganisiert und ihrer Gesellschaft eine Produktionsweise aufherrscht, die zwar die Konkurrenz privater Eigentümer beseitigt, die vergesellschaftete Reichtumsproduktion aber erneut in den *Dienst einer Nation* stellt, überwindet das von ihr kritisierte System abstrakter Reichtums-

produktion *nicht*. Sie tritt an als radikaler Gegenentwurf zu Kapitalismus und Imperialismus, kommt aber mit einer gewissen Notwendigkeit zu dem Schluss, dass eben das doch die effektivere Form der Benutzung von Land und Leuten ist.

2. Die kapitalistische Wirtschaftsweise des »gewendeten« China bringt systemnotwendig das hervor, was zu ihren ungeliebten Begleiterscheinungen gezählt wird: Armut, Gewalt, Konkurrenz, Militarismus, Umweltzerstörung.

Die Lehre daraus: Eine andere Welt ist nicht zu haben, ohne die Gesetzmäßigkeiten ihrer politökonomischen Ordnung zu begreifen und diese dann endlich auf den Müllhaufen der Geschichte zu befördern. Amerika und Europa zeigen seit 150 Jahren, wie »reformierbar« der Kapitalismus ist. Die grundsätzlichen Widersprüche dieses Systems und die daraus resultierenden Schäden für die von ihm benutzten Menschen und die natürlichen Ressourcen dieses Planeten sind damit keineswegs beseitigt worden – im Gegenteil.